Redebeitrag der Fraktion BfM zur aktuellen Debatte

Der Bau der ICE-Strecke in der Wendezeit war ein entscheidender Fehler. Sie stellt einen entscheidenden Standortnachteil dar und wird unserer Stadt und der gesamten Region noch in Jahrzehnten zum Nachteil gereichen.
Auf welche Weise, mit welchen Mitteln in dieser unruhigen Zeit diese Entscheidung gegen Magdeburg auch gefallen sein mag, es zeigt, wie einmal kurzsichtig getroffene Entscheidungen langfristige Folgen haben.
Unsere kleine Fraktion war bereits vor 3 Jahren gemeinsam mit Werner Kaleschky in einem Gespräch mit Jobst Paul, dem Beauftragten der Bahn AG, bemüht, eine Verbesserung der IC und ICE Anbindung zu erreichen. Die Meinung war eindeutig: Was wollen Sie – die Verbindung vor allem in Richtung Berlin ist doch sehr gut.
Das stimmt sogar in gewisser Beziehung, es verkehren in diese Richtung nahezu stündlich Regionalzüge.
Aber kein IC oder ICE!
Diese Regionalzüge sind durchaus gut ausgelastet. Sie haben aber nicht den Komfort und die Zeitersparnis, den die Fernzüge bieten.
Und wenn man schon am späten Abend aus Richtung Braunschweig – Hannover kommt, kann es schon einmal passieren, dass es ab Braunschweig keine Verbindung mehr gibt und man dort übernachten muss!
Mir wurde in diesem Gespräch klar, aber niemand gesteht das ein, es geht nicht um die Verbesserung, sondern um einen profitablen Betrieb allein unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Ein Entgegenkommen der Bahn wird nicht zu erwarten sein, man kann es nur erkämpfen. Wie könnte das gehen?

1. Einstimmige Voten der Stadträte für die Verbesserung der IC und ICE Verbindung unserer Region.
2. Zusammen mit den Städten Potsdam, Brandenburg, Köthen und ihren Regionen beim zuständigen Minister, der auch für den Aufbau Ost verantwortlich ist, für den Erhalt und für die Verbesserung der Fernverkehrsanbindung unserer Region zu intervenieren.
3. Einen Versuch zu unternehmen, die Bevölkerung zu sensibilisieren, zu mobilisieren und sich für diese wichtige verkehrspolitische Entwicklung erst einmal zu interessieren, um dann eine Strategie zur Vorgehensweise gegen die Bahn zu entwickeln.

Wir sollten bedenken, dass <u>andere</u> Großstädte und Regionen auch ihre eigenen Interessen vertreten und Entgegenkommen von dieser Seite nicht zu erwarten sein wird.
Es werden jetzt schon die Weichen und das in mehrfacher Hinsicht für unsere Zukunft gestellt.
Wir schlagen daher vor, dass die Stadträtinnen und Stadträte mit ihrer Unterschrift in einem Scheiben an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Herrn Hartmut Mehdorn, gegen die weitere Einschränkung des Fernverkehrs für Magdeburg Einspruch erheben.